

Neues Archiv für Niedersachsen

Zivilgesellschaft und
Bürgerliches Engagement

I | 2015



Neues Archiv für Niedersachsen I/2015

Zivilgesellschaft und
bürgerliches Engagement

Inhalt

Neues Archiv Niedersachsen 1/2015

Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement

- 3 Editorial (D. Fürst)
- 6 D. Fürst
Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor –
Einführung
- 22 A. Brandt
Zivilgesellschaft in postdemokratischen Zeiten
- 32 T. Böhme
Freiwilligensurvey Niedersachsen – die Entwicklung des bürgerschaft-
lichen Engagements in Niedersachsen 1999–2009
- 52 H. Schubert
Verbindung von System- und Lebenswelten in der Bildungslandschaft

Beispiele

- 70 P. Steffenhagen, A. Weitkamp
Perspektive »Leerstand« im Dorf – Möglichkeiten zum Einsatz zivilgesell-
schaftlichen Engagements
- 82 S. Messinger
Zu Hause im Problemviertel. Der Blick von ViertelgestalterInnen auf ihr
Viertel und ihr zivilgesellschaftliches Engagement in sozialen Brennpunkt-
quartieren
- 93 T. Köhler, J. Abraham
Transition-Town-Initiativen
- 98 M. Sondermann
Zivilgesellschaftliches Engagement und die kulturelle Dimension koopera-
tiver Stadtgrünentwicklung am Beispiel Hannovers
- 112 H. Küster
Die Rote Mappe des Niedersächsischen Heimatbundes

Berichte

- 120 K. Gerlach, O. Hübler, W. Meyer
Betriebliche Suche und Besetzung von Arbeitsplätzen für qualifizierte
Tätigkeiten in Niedersachsen – Gibt es Defizite an geeigneten Bewerbern?
- 141 J. Jerusel, C. Scholz, S. Weißenbach
Maritime Forschungsprojekte der norddeutschen Bundesländer im
7. Forschungsrahmenprogramm der EU: Eine Pilotstudie
- 150 Autorinnen und Autoren
- 151 Impressum
- 152 Abbildungs- und Quellenverzeichnis

Editorial

Bürgerschaftliches Engagement und der Rekurs auf »Zivilgesellschaft« hat in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit deutlich mehr Aufmerksamkeit bekommen, und zwar nicht nur in Deutschland. Der Hintergrund ist zum einen die Erkenntnis, dass ohne die Aktivierung der Bürger eine moderne Gesellschaft auf Dauer nicht funktionsfähig gehalten werden kann. Zweitens spielt hinein, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise mit Individualisierung, Wettbewerbsintensität und wachsendem Materialismus viele Menschen dazu motiviert, in ihrem Leben ein Gegengewicht zu suchen, das stärker auf Kooperation, ideelle Werte, Gemeinschaft und das Sichengagieren in gesellschaftlichen Aufgaben gerichtet ist. Drittens hat der demografische Wandel gepaart mit einem hohen Wohlstandsniveau viele »rüstige Senioren« hervorgebracht, die über Zeit verfügen, noch tatkräftig sind und sich ehrenamtlich betätigen wollen, häufig auch mit dem Argument, der Gesellschaft, die ihnen zu Wohlstand verholfen hat, »etwas zurückgeben zu wollen«. Fraglos kommen politische Interessen angesichts knapper Kassen dazu, die öffentlichen Hände zu entlasten, indem Aufgaben auf die Mitglieder der Gesellschaft zurückverlagert werden.

Was immer die Motive sein mögen: Es findet sich empirisch eine wachsende Zahl von Aktivitäten, in denen sich das bürgerschaftliche Engagement innovativ und produktiv entfaltet. Der Fächer solcher Tätigkeiten wird immer breiter, je mehr Menschen entdecken, dass sie selbstinitiiert eine Menge gestalten können. Noch wird das meiste bürgerschaftliche Engagement institutionell aktiviert, aber zunehmend gewinnen selbst gesteuerte Aktivitätsmodelle auf Basis der sozialen Medien (Pflegetwiki, engagiert-in-deutschland.de etc.) Gewicht und treten in Konkurrenz zur institutionalisierten Ehrenamt-Tätigkeit. Dabei verschiebt sich das Engagement von der Mitwirkung in größeren Organisationen zur »Mitwirkung in einer vielgestaltigen Projekt- und Initiativwelt [...], die mitunter nicht mehr auf institutionalisierte Mitgliedschaftsverhältnisse setzt« (Sachverständigenkommission 2012, 40).

Zivilgesellschaftliche Akteure übernehmen intermediäre Funktionen, indem sie zwischen Zivilgesellschaft und Staat, aber auch zwischen Staat und Wirtschaft oder zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft vermitteln. Das geschieht vor allem durch Institutionen wie Freiwilligenagenturen, die das zivilgesellschaftliche Potenzial aktivieren und koordinieren sollen, auch wenn die Bewertung ihrer Praxis nicht gerade euphorisch klingt.

Die Tätigkeitsfelder werden sich dabei verändern, nicht zuletzt auch als Folge des demografischen Wandels (mehr Ältere, weniger Kinder), aber auch als Folge neuer lokaler Gemeinschaften. Die gemeinschaftliche Gestaltung der Lebensumwelt in den Städten ist eines der dazu gehörenden Themen: urban gardening, »Building-better-blocks-Initiativen«, Soziale Stadt u.Ä. sind dafür zu nennen. Hier bildet sich offenbar so etwas wie eine »Do-it-yourself-urbanism«-Bewegung (Iveson 2013) – deren Dauerhaftigkeit aber nicht abzuschätzen ist.

In welchem Maße Internet, Globalisierung und demografischer Wandel die Zivilgesellschaft immer stärker in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung rücken, wird am augenfälligsten, wenn man den Blick darauf richtet, wie sich staatliches Verwaltungshandeln unter dem Druck der wachsenden Finanznot öffentlicher Haushalte verwandeln wird: »web-based collaboration is allowing people to do for themselves what government used to do for them.« »This is only the beginning of a huge 'Copernican revolution' [...] that is putting the user at the center of the public-sector universe«. Und: »A more networked state will surely expect those newly empowered citizens to take more responsibility for their behaviour.« (Micklethwait/Wooldridge 2014, 207 f., 210–211).

Niedersachsen ist in der ehrenamtlichen Arbeit überdurchschnittlich aktiv. Immer neue Aktivitäten werden initiiert, und immer mehr Menschen können sich für solche Tätigkeiten erwärmen. Das war einer der Anlässe, dazu ein Themenheft zu machen, das sich zum einen mit den Grundlagen befasst (Beiträge Brandt, Böhme, Fürst, Schubert). Zum anderen wollten wir Beispiele vorstellen, die nicht zu den alltäglichen ehrenamtlichen Tätigkeiten gehören, aber gerade in der Stadt- und Dorfentwicklung wachsende Bedeutung erlangen. Denn es geht darum, die urbane und dörfliche Lebensqualität in einer sich globalisierenden Welt mit wachsenden Migrationsströmen zu gestalten und den unterschiedlichen Vorstellungen vom modernen Leben in den Gemeinwesen gerechter zu werden.

Ergänzt wird das Heft durch zwei Beiträge, die nicht unmittelbar mit dem Leitthema in Verbindung stehen, aber wegen ihrer hohen Relevanz für die niedersächsische Forschungslandschaft bedeutsam sind: Der eine befasst sich mit der Frage nach Angebot und Nachfrage von qualifizierten Arbeitskräften in Niedersachsen (und wie eine erkennbare Lücke geschlossen werden könnte). Der andere behandelt das Thema der Forschungsprojekte, die sich auf maritime Themen beziehen (welche Schwerpunkte sich in welcher Teilregion herausgebildet haben).

Dietrich Fürst

Anmerkungen

- 1 Initiativen zur Verschönerung von Straßen und Stadtteilen mit geringem Aufwand.

Literatur

Iveson, Kurt (2013): Cities within the city: Do-it-yourself urbanism and the right to the city, in: International Journal of Urban and Regional Research 37 (2013), 941–56.

Micklethwait, John/Wooldridge, Adrian: The Fourth Revolution, New York 2014

Sachverständigenkommission (2012): Bericht »Für eine Kultur der Mitverantwortung«, in: BT-Drs. 17/10580 vom 03.08.2012.

Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor – Einführung

Dietrich Fürst

Der Einführungstext gibt einen Überblick über den Begriff und die Erscheinungsformen des bürgerlichen Engagements in Deutschland. Er zeichnet grob die aktuelle Situation, fragt nach den Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, untersucht Auswirkungen auf Gesellschaft und Governance-Modi und endet mit offenen Fragen, die Forschungsbedarf erkennen lassen.

Abgrenzung

Zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement bezeichnet freiwillige Aktivitäten und Engagements von Bürgern ohne Gewinnabsichten zur Förderung von Aufgaben des Gemeinwohls (Alscher et al. 2009, 12), i. d. R. für soziale, karitative oder politische Aufgaben. Zivilgesellschaftliches Engagement kann sich zwar auch gegen ungerechte Herrschaftsausübung wenden («ziviler Ungehorsam»), aber ziviler Ungehorsam hat eine eigene Logik (mutiges Verhalten gegen Macht, legitimiert durch moralische Werte), weshalb er hier nicht einbezogen wird.

Unter Zivilgesellschaft wird allgemein eine Gesellschaft verstanden, deren Mitglieder Verantwortung für sich und die

Gesellschaft übernehmen, ihre Interaktionen friedlich und gewaltfrei austragen und sich selbst organisieren können (vgl. Alscher et al. 2009, 13). »Toleranz, Respekt, Gewaltfreiheit, Sensibilität für die Anliegen anderer und Öffentlichkeit sind in dieser Hinsicht wichtige Orientierungsmarken ziviler Verhaltensweisen« (ebd., 13–14). Insofern kann Zivilgesellschaft nicht nur als politisches Programm, sondern auch als normative Kategorie für soziales Handeln verstanden werden (Kocka 2002, zit. nach Zimmer 2010, 152).

Abzugrenzen ist Zivilgesellschaft vom sog. »Dritten Sektor«. Dieser von Amitai Etzioni erfundene Begriff soll Organisationen zwischen Markt und Staat kennzeichnen

(Etzioni 1973). Er umfasst alle jene Akteure, die gesellschaftliche Aufgaben ohne Absicht der Gewinnerzielung übernehmen, eigenständig verwaltet werden und keine Zwangsorganisationen sind. Der Dritte Sektor kann insofern als Teil der Zivilgesellschaft verstanden werden (Zimmer 2010, 153), ist aber eingebettet in Aktivitäten des Staates einerseits, des Marktes andererseits: Der Dritte Sektor wirkt auf den Staat ein (über »Themenanwälte«, auch Lobbyarbeit), ist andererseits aber auch auf den Markt bezogen (als Arbeitgeber, als Konsument marktlicher Leistungen, als Partner in »Public-Private Partnerships«) und muss sich den Anforderungen des Marktes hinsichtlich Effizienz, Bezahlung der hauptamtlichen Mitarbeiter etc. unterwerfen. Denn »ein bedeutsames bürgerschaftliches Engagement, das sich in die Verantwortungsteilung einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft einbindet, kann grundsätzlich weder auf Professionalität noch auf Effizienz verzichten« (Sachverständigenkommission 2012, 49). Die Hinwendung zum Markt (über Fundraising, entgeltliche Leistungen, attraktive Angebote) verwischt teilweise die Grenzen zur Privatwirtschaft, obgleich sich die Betriebe des Dritten Sektors immer wieder bemühen, sich davon abzugrenzen (Sachverständigenkommission 2012, 156 ff.). Im Gesundheitswesen, teilweise auch im Bildungswesen findet sich deshalb immer häufiger ein Wechsel vom Dritten Sektor in den Markt hinein (Gründung von GmbHs oder gar Aktiengesellschaften). Der institutionalisierte Dritte Sektor wird immer mehr von betriebswirtschaftlichen Steuerungs- und

Managementkonzepten beherrscht (Droß 2013), was die Mitwirkung Ehrenamtlicher erschweren kann.

Bürgerschaftliches Engagement hat in Deutschland, primär auf kommunaler Ebene, eine lange Tradition, blieb aber gleichwohl politisch für lange Zeit eher ein Randthema, bevor Ende der 1990er Jahre die Diskussion darüber sehr schnell Fahrt aufnahm, unterstützt durch zahlreiche Aktivitäten des Bundes (s. w. u.). Eine erste größere Bestandsaufnahme wurde von der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« vorgelegt (2002).

Dieses politische Interesse für die »Zivilgesellschaft« ist überall in der westlichen Welt zu beobachten. Warum sich Staat und Gesellschaft intensiver mit bürgerschaftlichem Engagement befassen, hat unterschiedliche Gründe:

- In den USA wurde Zivilgesellschaft vor allem unter dem Begriff des »Sozialkapitals« diskutiert. Gesucht wurde nach einer Wiederbelebung der gesellschaftlichen Innovationskraft aus der »Mitte der Gesellschaft« heraus;
- in Großbritannien wurde Zivilgesellschaft stärker als Gegengewicht gegen einen ausufernden Staat wahrgenommen, wobei Vorstellungen von »Big Society« sich damit verbinden, dass Staat und Gesellschaft in Partnerschaft treten und die Gesellschaft immer mehr Aufgaben vom Staat/von den Gemeinden übernimmt und sie in Eigenregie durchführt;
- in Deutschland fokussiert die Diskussion vor allem auf gesellschaftliche Integration und »lebendige Gesellschaft«, womit u. a. gemeint ist: Teilhabe an

der Gesellschaft, Mitverantwortung für gesellschaftliche Aufgaben, wirksamere Kooperation von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei neuen öffentlichen Aufgaben (s. w. u. und Sachverständigenkommission 2012, 184 ff.).

Selbst die EU hat seit 1983 Initiativen gestartet, um die Bürger wieder für das Gemeinwesen zu aktivieren und die Freiwilligenarbeit zu unterstützen (allerdings primär über unverbindliche Deklarationen, Weißbücher, weniger durch Aktionsprogramme: Sachverständigenkommission 2012, 179 f.).

Das allgemeine Unbehagen an einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der zwischenmenschliche Beziehungen nur über den Markt geregelt werden und sich die Bürger immer mehr in Privatheit zurückziehen, ist unbestritten. Die Ursachen werden unterschiedlich diagnostiziert. Einige vermuten, dass moderne Gesellschaften sich hinsichtlich der Produktion von Gemeinschaftsgütern immer stärker auf Institutionen abstützen und dadurch gemeinwohlbezogene Eigeninitiativen eher zurückfahren. Wieder andere vermuten, dass als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise (Individualisierung, Marktbeziehungen, Kosten-Nutzen-Kalküle auch in privaten Beziehungen, Dominanz des Geldes als Wertindikator etc.) ein »Verlust an Sozialkapital« auftritt (Putnam, 2000, 277 f.), was sich in sinkender Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, wachsender Politikverdrossenheit, einem zunehmenden Gefühl der Entfremdung angesichts einer globalisierten Wirtschaft u. Ä. ausdrückt. Solche Deutungen münden dann schnell in normative Vorstellungen einer besseren Gesellschaft oder eines

»Dritten Wegs« (Gallus/Jesse 2001), wozu Konzepte wie Kommunitarismus, »aktivierender Staat«, »Big Society« etc. gehören. Aber unbestreitbar ist der Bedarf in modernen Gesellschaften gewachsen, mehr zur Stärkung der Demokratie, zur Gewährleistung sozialer Integration, zur Werte- und Normenbildung des zivilen Verhaltens und einer Reihe sozialpolitischer Aufgaben zu tun, die immer weniger mit öffentlichen Mitteln allein bewältigt werden können. So wird erwartet, dass der ausufernde Sozialstaat zwangsläufig in die Krise führe und deshalb der wachsenden Ergänzung durch bürgerschaftliches Engagement bedürfe – mit entsprechenden Angeboten, Änderungen der starren hierarchischen Strukturen zugunsten mehr dezentralisierter Strukturen, flacheren Hierarchien und Aktivierung des Gemeindelebens.

Deshalb wurden in Deutschland auf Bundesebene zahlreiche Initiativen gestartet, die sich auf die Stärkung der Zivilgesellschaft richten (Übersicht: Sachverständigenkommission 2012, 185 und 479 ff.), z. B.

- Einsetzung der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (1999)
- Freiwilligen surveys seit 1999 (2009 wurde der dritte Freiwilligen survey vorgelegt).
- Regierungsinitiative »ZivilEngagement Miteinander – Füreinander« (2007),
- Beschluss des Bundestags vom 19.03.2009, einmal in jeder Legislaturperiode einen Bericht zum bürgerschaftlichen Engagement vorzulegen (BT-Drs. 16/11774). Daraus resultierte der Erste Engagementbericht von 2012: »Für eine Kultur der Mitverantwortung«.

- Beschluss der Bundesregierung über eine nationale Engagementstrategie (Oktober 2010)
- Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (2011) und des Jugendfreiwilligendienstes, wofür der Bund Fördermittel zur Verfügung stellt
- KfW-Programm zur Finanzierung von Sozialunternehmen (2012)
- Forschungsaufträge des BMFSFJ zum Freiwilligenengagement resp. zur Entwicklung des Ehrenamtes

Gleichwohl formiert sich das Ganze noch nicht zu einer »Engagementpolitik« der Bundesregierung, auch wenn sich im Kabinett Ansätze finden, in diese Richtung zu gehen (z. B. »Nationales Forum für Engagement und Partizipation« [2009], Beschluss der Bundesregierung zu einer »nationalen Engagementstrategie« [2010], Einrichtung des Ressortübergreifenden Arbeitskreises Engagementpolitik [2011]). Denn weder gibt es ein abgestimmtes Handlungskonzept

noch klare Zielvorstellungen, wie der Bund sich in diesem Politikfeld engagieren soll, schon gar nicht wird über die Neudefinition der Rolle des Staates im Verhältnis zu den Selbsthilfekräften der Gesellschaft bundesweit diskutiert – selbst die wissenschaftliche Diskussion dazu ist wenig ausgeprägt (vgl. Schuppert 2010, 115 ff.). Auch der Koalitionsvertrag der gegenwärtigen (2014) Bundesregierung sieht dafür nichts vor, wenngleich an zahlreichen Stellen »engagementpolitisch relevante Punkte auftauchen« (Klein/Embacher 2013, 2 mit Auflistung). Wie eine »Engagementpolitik« beschaffen sein sollte, wurde von Alscher et al. (2009, 145 ff.) skizziert, vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in seinem »Nationalen Forum für Engagement und Partizipation« (2009 und 2010) konkretisiert und im Bericht der Sachverständigenkommission nochmals präzisiert (Sachverständigenkommission 2012, 401 ff.).

Aktuelle Situation in Deutschland

Bürgerschaftliches Engagement hat in Deutschland deutlich an Bedeutung gewonnen. Dazu tragen bei: der demografische Wandel (wachsende Zahl der noch leistungsfähigen Rentner und Pensionäre), der Wohlstandszuwachs, die Bildungsexpansion seit Ende der 1960er Jahre, aber auch der durch die Globalisierung verschärfte Druck auf den Staat, den traditionellen Sozialstaat umzubauen (Schuldengrenze) und mehr auf bürgerschaftliche Mitwirkung zu setzen (Konzept des »aktivierenden Staates«). Das Leitbild der »Bürgergesellschaft«

entspricht diesem Handlungsdruck: »Bürgergesellschaft heißt, sich von der Vorstellung der Allzuständigkeit des Staates zu verabschieden, zuzulassen und zu fordern, dass Bürgerinnen und Bürger in größerem Maße für die Geschicke des Gemeinwessens Sorge tragen.« (Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« 2002, 76).

Wie sich aktuell das bürgerschaftliche Engagement darstellt, lässt sich aus dem »Monitor Engagement«, Ausgabe 2 (2009), dem »Bericht zur Lage und zu

den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland« (Alscher et al. 2009) sowie dem »Ersten Engagementbericht« (2012) ganz gut ableiten. Zivilgesellschaftliches Engagement deckt danach in Deutschland ein breites Spektrum von Aktivitäten ab, das auf der einen Seite informale Formen umfasst wie nachbarschaftliche Hilfe, Einsendung von Leserbriefen an regionale Medien zu Fragen der Kommunalpolitik (Tätigkeiten, die allerdings vom Freiwilligenurvey nicht erfasst werden), aber auch Initiativen und Selbsthilfegruppen (dazu: Sachverständigenkommission 2012, 140 ff.). Vor allem in der Stadt- und Dorfentwicklung formiert sich immer häufiger zivilgesellschaftliches Engagement, wofür der Begriff »Informeller Urbanismus« geprägt wurde. Darunter fallen Kulturprojekte, selbst organisierte Sportgelegenheiten, Gemeinschaftsgärten, Dorftreffs und Bürgergruppen, Läden zur Erhaltung der Nahversorgung unter genossenschaftlicher Beteiligung der Dorfbewohner, selbstverwaltete Wohnprojekte, Bürgerbusse, FabLabs und Repair Cafés und vieles mehr (Willinger 2014, II). Auf der anderen Seite gibt es das institutionalisierte Engagement, das einerseits ehrenamtliche Tätigkeit für Funktionen (z. B. Mitwirkung an lokalen »Tafeln«, Mitwirkung in Vereinen, Hilfen in Schulen, Hospizen, Pflegeeinrichtungen, Schöffe) oder für konkrete Projekte (Verschönerung des Dorfes, Renovierung von Klassenräumen, kommunale Säuberung von Parkanlagen etc.), andererseits Teilhabe an politischen Entscheidungen (Partizipation), Organisation von Foren und sog. »soziale Bewegungen« umfasst, die

von Protestbewegungen bis hin zu Vereinigungen mit gesellschaftspolitischem Anspruch (z. B. in der Ökologiebewegung, in der Frauenbewegung) reichen können. Folglich sind Schwerpunkte des zivilgesellschaftlichen Engagements

- erstens partizipative Ansätze bei Entscheidungen der öffentlichen Hände mit weitreichender Wirkung auf die Lebenssituation der Bürger,
- zweitens Mitwirkung an der Produktion von (gemeinnützigen) Gütern und Dienstleistungen, sei es über Einsatz an persönlicher Arbeit, sei es über Spenden oder Stiftungen, z. B. beim Zivil- und Katastrophenschutz, in der Gesundheitspflege, der Kinderbetreuung, im Schulwesen, Theater, in der Altenpflege u. Ä. Diese Produktion kann partnerschaftlich mit öffentlichen Einrichtungen erfolgen oder als Ersatz für diese.
- Drittens sind es soziale Bewegungen, also die Mobilisierung der Öffentlichkeit für neue Themen.

»Als zentrales Ergebnis der empirischen Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland kann festgehalten werden, dass das Engagement in der Regel »gebunden«, d. h. in den Organisationen der Zivilgesellschaft, z. B. in Deutschland im Kontext von Vereinen, Kirchen, Verbänden, NGOs sowie mit abnehmender Tendenz von Parteien, stattfindet« (Zimmer 2010, 154). Solche Einrichtungen – man geht von rund einer Million Organisationen aus – können Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige GmbHS oder Genossenschaften sein. Zunehmend zeichnen sich dabei Muster der Koproduktion von Staatlichkeit

im Verhältnis Staat und Zivilgesellschaft ab (Alscher et al. 2009, 16), etwa auch im Konzept der »Bürgerstiftungen«, die seit ca. Mitte der 1990er Jahre – nach dem Vorbild amerikanischer »community foundations« – in Deutschland wachsende Bedeutung erlangt haben. Das sind Einrichtungen, in die Bürger einzahlen und die gleichzeitig auch Hilfeleistungen anbieten, und zwar für Aufgaben, die den Zweck dieser Stiftungen ausmachen. Zurzeit gibt es ca. 300 solcher Stiftungen. Bürgerstiftungen haben nicht nur als Finanziers Gewicht, sondern sind gleichzeitig auch Ideengeber für Projekte und unterstützen die Bereitschaft von Menschen, für ehrenamtliche Tätigkeit Lebenszeit zu opfern.

Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist inzwischen durch die sog. »Freiwilligensurveys« für die Jahre 1999, 2004 und 2009 gut dokumentiert worden. Im Wesentlichen zeigen die Daten folgende Trends: Die Engagementquote liegt bei einem guten Drittel der Bevölkerung (Alscher et al. 2009, 36), was aber bezogen auf die europäischen Nachbarländer lediglich »Mittelfeld« ist. Engagiert sind vor allem diejenigen, die auch sonst gut sozial integriert sind (z. B. im Freundeskreis, in der Kirche, im Beruf), die höhere Bildungsabschlüsse haben und über ausreichend Freizeit verfügen. Zunehmend wächst die ehrenamtliche Funktion der Menschen über 60 Jahre, aber auch der Arbeitslosen, mit stärkerem Anteil bei den Männern als bei den Frauen. Frauen werden dagegen deutlich besser von den Freiwilligenagenturen erreicht als Männer (Backhaus-Maul/Speck 2011, 304). Sie engagieren sich in besonderem Maße in

Aktivitäten, die mit ihren Kindern und Pflegemaßnahmen verknüpft sind (Alscher et al. 2009, 45). Höchstes Engagement findet sich in der mittleren Altersgruppe, während das Engagement der 14- bis 30-Jährigen schwächer ausgeprägt ist – »allein in jedem fünften Verein gibt es keine jungen Engagierten« (Priller et al. 2012, 5). Jüngere engagieren sich lieber in Projekten, nicht zuletzt auch, weil zivilgesellschaftliches Engagement das Curriculum Vitae besser aussehen lässt. Aber allgemein geht man davon aus, dass die jüngere Generation – insbesondere die »Generation Y« – eher »ich-orientiert« agiert und dem Gemeinwohldenken geringe Priorität zumisst.

Gegenstand des Engagements sind vor allem Sport und Freizeit (Vereine), Schule und Kindergarten, Kirche, Musik und Kultur. In den letzten Jahren bekam der soziale Bereich ein größeres Gewicht. Als Folge des demografischen Wandels lässt er auch zukünftig einen erheblichen Zuwachs erwarten (Alscher et al. 2009, 31 u. 59).

Das bürgerschaftliche Engagement ist im formellen wie informellen Bereich stark mittelschichtbasiert (Alscher et al. 2009, 34) und deutlich größer in kleineren Gemeinden als in Städten (ebd., 39). Aber auch hier sinkt eher die Bereitschaft, sich langfristig zu binden – im Vordergrund stehen zeitlich befristete Projektengagements. Insbesondere ist die Bereitschaft deutlich gesunken, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Folglich ist die Konkurrenz um Freiwillige groß, vor allem um qualifizierte Freiwillige, die bereit sind, sich auch für Führungs- und Koordinationsfunktionen zur Verfügung zu stellen. Das spüren vor allem die Organisationen des Dritten

Sektors, die sich durch interessante Tätigkeiten und innovative Projekte attraktiv zu machen versuchen.

Zunehmend engagieren sich auch Unternehmen zivilgesellschaftlich (Sachverständigenkommission 2012, Kap. IV). Üblich sind Spenden oder Sponsorships, die häufig jedoch nur reaktiv auf Anfragen vergeben werden. Aber immer mehr Unternehmen stellen Mitarbeiter frei, sich ehrenamtlich zu engagieren («Corporate Volunteering»), weil sie sich davon auch Vorteile versprechen: positive Außenwirkung, Mitarbeiterschulung in sozialer Verantwortung, Engagement für Aufgaben, die auch dem Unternehmen Vorteile bringen, Stärkung regionaler und lokaler Netzwerke u. Ä. Denn Dritte-Sektor-Organisationen sind auch »Lernfelder und Erprobungsraum nicht nur für soziale Kompetenzen, worauf insbesondere im Kontext der Sozialkapitalk Diskussion Bezug genommen wird, sondern eben auch für alltagspraktisches und berufsrelevantes Wissen« (Priller/Zimmer 2006, 21).

Bei vielen unternehmerischen Engagements handelt es sich allerdings nicht selten um strategische Kalküle: Ihre Öffentlichkeitswirksamkeit kann Kunden binden, Widerstände in der Öffentlichkeit abbauen, Kontakte zu anderen Institutionen verbessern. Insofern sind die Ansätze des zivilgesellschaftlichen Unternehmensengagements wie »Corporate Social Responsibility« oder »Corporate Citizenship« zurückhaltend zu beurteilen (Beckert 2006): Unternehmen in hartem Wettbewerb müssen primär am »shareholder value« interessiert sein. Zunehmend erkennen aber Unternehmen, dass sich

zivilgesellschaftliche Maßnahmen auszahlen – sie werden deshalb regional eingesetzt, sollen die Vernetzung des Unternehmens in die Region hinein fördern, aber auch die Arbeitskräfte in ihren Fähigkeiten breiter aufstellen lassen. Unternehmen mit zivilgesellschaftlichem Engagement haben sich inzwischen bundesweit zur Gruppe »WIE – Wirtschaft, Initiative, Engagement« zusammenschlossen.

Zudem entwickelt sich auch ein neuer Typus von Unternehmern, der gezielt gesellschaftspolitisch engagiert ist («Social Entrepreneur»). Offenbar gewinnt diese Art des unternehmerischen Verhaltens, bei dem nicht die Gewinnerzielung, sondern der gesellschaftspolitische Zweck im Vordergrund steht, in den Bereichen Bildung, Umweltpolitik, Beschäftigungspolitik zunehmendes Gewicht (Hackenberg/Empter 2011), mit Rückwirkungen auf bürgerschaftliches Engagement. Unternehmen unterstützen »social entrepreneurs« über private Stiftungen (Beispiel »socialpioneer« in Hamburg).

Daraus lässt sich ableiten: Auch wenn es – wie gezeigt – keine definierte Engagementpolitik der Bundesregierung gibt, so hat sich inzwischen ein vergleichsweise dichtes Netzwerk von Institutionen herausgebildet, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement befassen, dieses fördern oder koordinieren. (Überblicke finden sich bei: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement/Stiftung Mitarbeit). Viele Städte haben Freiwilligenagenturen oder -zentren gegründet, über die ehrenamtliche Mitarbeiter mobilisiert, fortgebildet und koordiniert werden sollen

(Backhaus-Maul/Speck 2011). Allerdings ist eine gewisse Skepsis berechtigt, ob sie das leisten können: Denn die Mehrheit der Ehrenamtlichen/Freiwilligen wird über Bekannte/Freunde oder Ansprache von Aktiven rekrutiert, vor allem dann, wenn die Medien Aufmerksamkeit auf bestimmte Aktivitäten lenken (Freiwilligensurvey Niedersachsen 2010, 116f.).

Niedersachsen gehört mit zu den Ländern, die eine ausgeprägte Kultur des bürgerschaftlichen Engagements haben, sowohl in den großen Städten als auch im eher ländlichen Bereich, und zwar in fast allen Bereichen, die auch bundesweit bedeutsam wurden: »Im Jahre 2009 waren in Niedersachsen 41% der ab 14-jährigen Bevölkerung freiwillig engagiert. [...] Das Land steht damit zusammen mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an erster Stelle der deutschen Bundesländer. Niedersachsen ist außerdem das Bundesland, in dem das freiwillige Engagement seit 1999 am stärksten zugenommen hat. 1999 war die Engagementquote im nördlichen, eher ländlich strukturierten Niedersachsen (ehemalige Regierungsbezirke Weser-Ems und Lüneburg) deutlich

höher als im südlichen Teil des Landes, der städtischer strukturiert ist (ehemalige Regierungsbezirke Braunschweig und Hannover). [...] Zwischen 2004 und 2009 nahm in ganz Niedersachsen das Engagement im ländlichen Raum sehr stark zu. Vor allem der deutliche und kontinuierliche Anstieg des Engagements in den größeren Kernstädten des südlichen Niedersachsens muss als ein großer Erfolg eingestuft werden, da bundesweit in diesem Siedlungsmilieu das Engagement auf relativ niedrigem Niveau stagniert.« (Freiwilligensurvey Niedersachsen 2010, 6–7).

Das Land unterstützt solche Initiativen über Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen, z.B. über das Programm »Engagementlotsen für Niedersachsen (ELFEN)« (seit 2006), die Freiwilligenakademie (zuständig: Freiwilligenzentrum Hannover) oder den Wettbewerb »unbezahlbar und freiwillig«. Aber wie im Bund gelten als die zentralen Nöte des bürgerschaftlichen Engagements die finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Projekte, die Beratung und Weiterbildung sowie die Verfügbarkeit von Räumen und Materialien (Freiwilligensurvey Niedersachsen 2010, 110).

Rahmenbedingungen zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Die Aktivierung der Zivilgesellschaft funktioniert nur bedingt spontan – zunehmend ist sie auf aktivierende Hilfestellungen des Staates angewiesen (»aktivierende Verantwortungsteilung«: Schuppert 2012), nicht

zuletzt auch hinsichtlich der Motivation. Denn wie oben bereits angesprochen, ist diese möglicherweise in »Wohlfahrtsgesellschaften« schwächer entwickelt, weil sich der Einzelne durch wohlfahrtspolitische

Institutionen entlastet glaubt (für amerikanische Gemeinden nachgewiesen: Sharp 2012, 72). Aber die empirischen Belege für diese These sind schwach. Ideologische Deutungen spielen eine große Rolle: Sehen beispielsweise amerikanische Beobachter auf die Modelle des europäischen Sozialstaats, so können sie sich kaum etwas anderes vorstellen, als dass diese über kurz oder lang implodieren müssen. Argumentiert wird: Sie verlangen immer mehr Bürokratie, immer höhere Steuern, gehen zulasten der Wirtschaft (insbesondere wegen der umfangreichen Regelungen zum Schutz der Arbeit vor Unfällen und Entlassungen), und sie reduzieren die Geburtenraten in der Bevölkerung, weil Ehe und Familie an Bedeutung drastisch verloren haben. Das europäische Konzept müsse zudem scheitern, weil seine Prämissen falsch seien: dass der Staat alle Menschen zu Wohlstand befähigen könne, weil die menschliche Natur verändert werden könne; dass alle Menschen gleich seien (und zwar nicht im Sinne der Menschenrechte, sondern gleich hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten) und dass Menschen nur eingeschränkt für ihr Schicksal verantwortlich seien – vielmehr habe der Staat auch dafür zu sorgen. Solche Prämissen seien falsch, weil sie gegen die neueren soziobiologischen Erkenntnisse à la Edward O. Wilson verstießen (Murray 2012, 296 f.). Die empirische Forschung bestätigt das jedoch nicht, sondern zeigt im Gegenteil auf, dass beispielsweise die Skandinavier bezüglich Spendenhöhe, Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Übernahme von Verantwortung in zivilgesellschaftlichen Organisationen weit vorn liegen (Zimmer 2010, 157).

Die zivilgesellschaftliche Motivation ist sicherlich größer, wenn eigene Interessen mitbefriedigt werden, weshalb sich Bürger vor allem in der Beseitigung von erkannten Defiziten des Gemeinwohls engagieren, insbesondere zur Abwehr dessen, was sie belastet – daraus speisen sich soziale Bewegungen, die eher Konsens herstellen können über das, was man nicht haben will, als über das, worauf das gemeinsame Handeln konstruktiv gerichtet werden sollte. Aber es ist nicht nur das Bedürfnis, Missstände abzuschaffen. Auch das Interesse an Aktivitäten, mit denen man etwas Gutes tun kann, die eine befriedigende Tätigkeit versprechen oder von denen man ein neues geselliges Zusammenarbeiten erwartet, ist motivierend. Deutlich hat sich die Motivation zugunsten eigener Vorteile verschoben: Man erhofft sich etwas für die eigene Lebenssituation und will nicht nur Mitwirkender in einem »großen Ganzen« sein.

Gesellschaftliches Engagement kann verbreitert werden, wenn es ein unterstützendes Umfeld gibt: ein gut funktionierendes und sich mehrendes Sozialkapital, eine gesellschaftliche Kultur der Anerkennung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, Institutionen, die das Engagement mobilisieren, befähigen und koordinieren.

Noch immer ist allerdings die notwendige »Infrastruktur« für zivilgesellschaftliches Engagement verbesserungsbedürftig. Darunter lassen sich institutionelle Arrangements fassen (z.B. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen, Selbsthilfekontaktstellen), aber auch finanzielle Fördermaßnahmen sind wichtig. Hier kommt den Kommunen eine größere Rolle zu (Wolf/Zimmer 2012; Sharp 2012). Vor

allem den Unternehmen kommt Verantwortung zu (vgl. Sachverständigenkommission 2012, 259 ff.): Wenn sie bereit sind, ihre Mitarbeiter für zivilgesellschaftliche Aufgaben

freizustellen, können Fachkräfte mit organisatorischem und technischem Know-how gewonnen werden, welche die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vorantreiben.

Auswirkungen auf Gesellschaft und Governance-Modi

Wachsendes bürgerschaftliches Engagement verändert zwangsläufig die Gesellschaft. Ob sie dadurch humaner, vielfältiger, innovativer, aber auch achtsamer im Umgang mit öffentlichen Gütern wird, ist allerdings nicht ausgemacht. Aber sie ist sicherlich offener für die Vielfalt der Menschen und zurückhaltender in der Ausgrenzung von Menschen und Milieus. Auch wenn man nicht so weit gehen will zu behaupten, dass die Bürgergesellschaft »unser Land revolutioniert« (Embacher 2012), sind Veränderungen offensichtlich:

- (1) Wirtschaftlich kann das im bürgerschaftlichen Engagement liegende Konzept der »Gemeinnützigkeit« resp. der »genossenschaftlichen Kooperation ohne Gewinnabsicht« dazu führen, dass privatwirtschaftliche Angebote zurückgedrängt werden – eine Diskussion, die bei den Lebensmitteltafeln, Sozialkaufhäusern und der Zunahme der »share economy« bereits lebhaft geführt wird (Sachverständigenkommission 2012, 48).
- (2) Politisch ist das bürgerschaftliche Engagement zwar primär auf außerparlamentarische Partizipation bezogen, aber damit ändern sich auch die Governance-Muster, was sich ansatzweise auf der kommunalen Ebene zeigt: Kommunen bieten mehr Foren und

Möglichkeiten an, um Bürger an öffentlichen Aufgaben zu beteiligen, seien es Mitwirkungsmöglichkeiten über Bürgerforen und Bürgerhaushalte, seien es Kooperationsprojekte, in welche die Bürger aktiv einbezogen werden.

Vor allem der Wandel der Governance-Formen ist deutlich:

- Wir beobachten eine wachsende Zahl Runder Tische, Bürgerforen, Public-Private Partnerships. Aber auch die Genossenschaftsidee, das Stiftungswesen, Vereinsbildungen mit Partnerschaften zwischen öffentlichen, privatwirtschaftlichen und bürgerlichen Akteuren etc. erfahren Beachtung und Aufwertung.
- Zwischen Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft formieren sich immer häufiger neue Organisationsmodelle, nicht nur in Form der Public-Private Partnerships.
- Bürger werden von Konsumenten staatlicher Leistungen zu aktiven Nachfragern, die damit auch Themen besetzen und politische Bewegungen auslösen können, z. B. AVAAZ (ein Kampagnen-Netzwerk zur Beeinflussung politischer Entscheidungen) oder CAM-PACT (eine Internetorganisation, die politische Kampagnen zu bestimmten Themen startet und eng mit Attac verbunden ist).